

## Richter wollen Kosten für Studium von Steuer absetzen

Die erste Berufsausbildung und das erste Studium muss man beim Finanzamt absetzen können. Das meint jedenfalls der Bundesfinanzhof – und hat deshalb jetzt das Bundesverfassungsgericht eingeschaltet.

jja. BERLIN, 5. November. Der Bundesfinanzhof macht vielen Berufstätigen Hoffnungen auf eine dicke Steuerentlastung. Die obersten Steuerrichter sind der Auffassung, schon die erste Ausbildung zum Beruf müsse – ebenso wie jedes Erststudium – beim Fiskus geltend gemacht werden können. Dabei steht im Einkommensteuergesetz das genaue Gegenteil. Hineingeschrieben hat dies vor drei Jahren die damalige schwarz-gelbe Koalition als Reaktion auf ein früheres Urteil des Bundesfinanzhofs. Der hatte nämlich zuvor – entgegen jahrzehntelanger Tradition – schon die Ausgaben für die Erstausbildung als „vorweggenommene Werbungskosten“ anerkannt. Der Bundestag stellte daraufhin rückwirkend klar, was nach seiner Ansicht schon seit jeher galt: Nur eine Zweitausbildung kann beim Fiskus abgesetzt werden; ebenso Fortbildungen, die während eines laufenden Arbeitsverhältnisses absolviert werden.

Nun suchen die Münchner Finanzrichter Rückendeckung beim Bundesverfassungsgericht. „Berufsausbildungskosten stellen schließlich keine beliebige Einkommensverwendung dar, sondern gehören zum zwangsläufigen Aufwand“, schreiben sie in ihren insgesamt sechs Vorlageentscheidungen für die Karlsruher Oberrichter. Diese Aufwendungen dienen der Existenzsicherung und stünden nicht zur Disposition des Gesetzgebers (Az.: VI R 2/12, 8/12 und andere). Die geltende Regelung verstoße gegen das Gleichheitsgebot, das eine Besteuerung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit gebietet.

Der Bundesfinanzhof lässt der Politik auch nicht als Entschuldigung durchgehen, dass die Aufwendungen immerhin als „Sonderausgaben“ mit bis zu 6000 Euro jährlich anerkannt werden. Denn bei Schülern und Studenten gehe das ins Leere, weil sie üblicherweise in ihrer Ausbildungszeit keine eigenen Einkünfte erzielen. Im Gegensatz zu Werbungskosten könnten Sonderausgaben



Piloten zahlen viel für ihre Ausbildung – die Kosten würden sie gerne bei der Steuererklärung geltend machen.

Foto Wolfgang Eilmers

auch nicht in spätere Jahre vorgetragen werden, um sie dann etwa mit Gehaltszahlungen oder Gewinneinkünften verrechnen zu können.

Geklagt hatten unter anderem Piloten, die ihre Fluglizenz auf eigene Kosten erworben und dafür rund 70 000 Euro ausgegeben hatten. Erst danach wurden sie von einer Fluglinie eingestellt; einen anderen Beruf hatten sie vorher nicht gelernt. Finanzämter und untere Finanzgerichte lehnten deren Antrag ab, die Ausgaben als Verlust anzuerkennen, um sie später mit seinem Gehalt verrechnen zu können. Weitere Klagen betreffen frühere Studenten von Fachhochschulen und Universitäten – so ein jetziger Assistent eines Vertriebsvorstands. Er hatte mehrere Semester lang im Ausland internationale Betriebswirtschaftslehre studiert und dort auch Pflichtpraktika absolviert. Mit Unterstützung des Bundes der Steuerzahler ging er dagegen vor, dass seine Aufwen-

dungen für Studiengebühren, Miete, Verpflegung und Flug vom Finanzamt der „privaten Lebensführung“ zugeordnet und allenfalls als Sonderausgaben anerkannt würden.

„Mit dem sogenannten Zollkodex-Anpassungsgesetz plant der Gesetzgeber derzeit sogar, die Erstausbildung im Einkommensteuergesetz zu definieren“, warnt der Steuerzahlerbund. „Damit soll der Steuerabzug von Studienkosten weiter eingeschränkt werden.“ Studenten und Auszubildende, die bisher noch kein Studium oder keine Berufsausbildung abgeschlossen haben, sollten nun die Kosten für das Erststudium oder die Erstausbildung als Werbungskosten in voller Höhe geltend machen und auch in späteren Jahren noch nutzen. Geld zurück gibt es jedoch erst, falls das Bundesverfassungsgericht dem Bundesfinanzhof recht gibt. Mit dessen Urteil ist frühestens im kommenden Jahr zu rechnen. Was dies den Staat kosten könn-

te, war am Mittwoch im Bundesfinanzministerium nicht zu erfahren.

Studenten und Auszubildenden empfiehlt der Verband, eine Einkommensteuererklärung anzufertigen. Vor allem bei hohen Ausgaben für Auslandsemester, Repetitorien oder Praktika könne sich diese Mühe auszahlen. Das Finanzamt werde die Kosten zwar zunächst nicht akzeptieren. Dann sollte aber gegen den Steuerbescheid Einspruch eingelegt und auf den Entscheid des Bundesfinanzhofs hingewiesen werden. Hilfreich ist der Beschluss aus München auch für diejenigen, die noch gar keine Steuererklärung angefertigt haben: Dies lasse sich noch für die Jahre 2010 bis 2013 nachholen. Hat ein Steuerzahler die Kosten bereits geltend gemacht und gegen einen ablehnenden Bescheid des Finanzamtes keinen Einspruch eingelegt, ist die Steuerfestsetzung dagegen im Regelfall bestandskräftig geworden.

## Forscher: Gentechnik ist ein Segen für Umwelt und Bauern

Überraschende Auswertung von 147 Studien

jagr. FRANKFURT, 5. November. Im Streit über Sinn und Unsinn von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Landwirtschaft gibt es drei zentrale Fragen. Die erste lautet: Darf der Mensch so etwas? Darüber können Ethiker debattieren. Die zweite ist für Futurologen: Wohin führt das? Nur die dritte lässt sich empirisch beantworten: Wie sind die konkreten Auswirkungen auf die Ernten, den Pestizidverbrauch und das Konto der Landwirte? Hierzu stehen seit Jahren sehr gegenteilige Behauptungen im Raum. Eine neue Studie der Universität Göttingen hat nun 147 einschlägige Studien ausgewertet und kommt zum Schluss: Genveränderte Pflanzen sind insgesamt eine ziemlich gute Sache.

Im Durchschnitt führten sie dazu, dass Landwirte 22 Prozent mehr ernten und 37 Prozent weniger chemische Pestizide einsetzen müssen. Zwar kostet das Saatgut mehr Geld, aber wegen steigender Ernten und sinkender Kosten für Pestizide haben die Landwirte demnach ihren betrieblichen Gewinn durch die Umstellung auf genveränderten Mais, Soja oder Baumwolle im Durchschnitt sogar um 68 Prozent erhöht.

Überraschend ist das Ergebnis auch mit Blick auf die Landwirte in Entwicklungsländern wie Indien, von denen Aktivisten wie Vandana Shiva sagen, sie würden wegen der Abhängigkeit von Saatgutkonzernen wie Monsanto, Syngenta, Bayer oder KWS in Überschuldung und Selbstmord getrieben. Laut der Göttinger Studie, die nun im Journal Plos Online veröffentlicht wurde, konnten Landwirte in Entwicklungsländern ihren Gewinn im Mittel durch die Umstellung aber sogar stärker erhöhen als die Landwirte in Industriestaaten wie den Vereinigten Staaten oder Kanada.

Das liege daran, dass der Pflanzenschutz mit chemischen Pestiziden in den Entwicklungsländern oft nicht fachmännisch praktiziert werde, sagte einer der Studienautoren, vom Göttinger Institut für Agrarökonomie dieser Zeitung. „Mit genveränderten Pflanzen sind weniger Fehler möglich.“ Sie enthalten eine im Labor eingekreuzte Resistenz gegen Herbizide wie Glyphosat oder Resistenzen gegen Insekten.

Die Zahlen der Studie sind überraschend, da einige Nichtregierungsorganisationen oft darauf hinweisen, dass der

Einsatz von genveränderten Pflanzen zu erhöhtem Pestizideinsatz führe. Zum Beispiel behauptet das der Informationsdienst Gentechnik, hinter dem Verbände wie Bioland, BUND, Nabu oder das katholische Hilfswerk Misereor stehen: „Durch den systematischen Einsatz auf den Gentechnikfeldern werden die zu bekämpfenden Ackerunkräuter gegen das Spritzmittel resistent. Dadurch bedarf es immer größerer Mengen an Gift, um des zum Problem gewordenen Unkrauts Herr zu werden.“ Grundsätzlich ist diese Behauptung der neuen Studie zufolge nicht haltbar. In einem Fall aber trifft sie offenbar zu: Herbizidtolerante Pflanzen wie der sogenannte Bt-Mais führen wohl dazu, dass Landwirte mehr Glyphosat einsetzen.

„Diese Pflanzen haben an manchen Orten dazu beigetragen, dass der Einsatz von Breitbandherbiziden steigt“, heißt es in der Studie. Der Grund: Sie seien billiger als spezielle selektive Herbizide. Aber für den Zusammenhang konnten die Forscher keine statistische Signifikanz finden, anders als für die insgesamt deutlich positiven Effekte auf Einkommen und Ressourcenverbrauch.

Auf eine Frage, die in der Diskussion über das Für und Wider der Gentechnik zentral ist, hat die Studie allerdings keine Antwort. Sie untersucht nicht, ob die positiven Effekte über lange Zeit stabil sind. Denn wenn Farmer über viele Jahre genveränderte Pflanzen anbauen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Pflanzen und Schädlinge resistent werden. In den Vereinigten Staaten, wo auf mehr als 90 Prozent der Anbaufläche der betreffenden Sorten genveränderte Ackerfrüchte wachsen, tritt das Problem zunehmend zutage. Neuerdings mahnen die Behörden dort deshalb, Farmer sollten Fruchtfolgen einhalten. Als ein Allheilmittel sehen die Studienautoren Martin Qaim und Wilhelm Klümper die Gentechnik nicht. Sie sei vielleicht nicht ewig von Nutzen, aber keine Technologie müsse ewig nutzen, damit ihre Verwendung in Betracht gezogen werde.

Für die Metastudie wurden Studien, die von 1995 bis 2013 erschienen waren, ausgewertet. Die aus begutachteten Journalen zeigten größere positive Effekte der Gentechnik. Diejenigen, die von der Industrie bezahlt waren, wiesen ähnliche Ergebnisse auf wie die öffentlich finanzierten.

## Amerikas Wirtschaft hofft auf Steuerreform

Unternehmer wünschen niedrigere Belastung nach Republikaner-Sieg / Misstrauen gegen Fed

pwe. WASHINGTON, 5. November. Wirtschaftsverbände und Unternehmen in den Vereinigten Staaten hoffen, dass mit dem Wahlsieg der Republikaner in der Kongresswahl Bewegung in die festgefahrene wirtschaftspolitische Debatte in Amerika kommt. Die Hoffnungen richten sich darauf, dass Präsident Barack Obama und der nun komplett republikanisch beherrschte Kongress in den beiden verbleibenden Amtsjahren Obamas den Mut und den Willen zum Kompromiss finden. An der Wall Street wurde das Wahlergebnis gelassen aufgenommen. Im Morgenhandel blieben die Aktienkurse leicht im Plus.

Die Republikaner hatten am Dienstag die Mehrheit in Senat gewonnen und dominieren damit zum ersten Mal seit acht Jahren nun in beiden Kammern des Kongresses. Dabei ist die Macht der Republikaner im Senat begrenzt, weil ihnen die „Supermehrheit“ von 60 Sitzen fehlt. Mit Mitchell McConnell, dem wiedergewählten Senator aus Kentucky, übernimmt ein Republikaner die Führung im Senat, der sich auf Kompromisse versteht. Versuche zu überparteilichen Vereinbarungen sind in den vergangenen Obama-Jahren aber oft gescheitert, vor allem in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik. Im Dezember muss noch vom alten Kongress die laufende Finanzierung der Regierung gesichert werden. Bis März müssen die Parteien eine Einigung zur Anhebung der Schuldenobergrenze finden.

Die Liste der von der Wirtschaft gewünschten Projekte, die in den vergangenen Jahren politisch stockten, ist lang. Sie

reicht von einer unternehmensfreundlicheren Einwanderungspolitik über weniger Umweltauflagen bis hin zu einer Energiepolitik, die neben erneuerbaren Energien auch Öl freundlicher behandelt. Symbolhaft richten die Hoffnungen sich hier darauf, dass Obama unter dem Druck des republikanischen Kongresses endlich die Erlaubnis für die Keystone-XL-Pipeline erteilt, mit der Öl aus den Schieferengebieten Kanadas in die Vereinigten Staaten fließen soll.

Über allem aber steht der Wunsch der Wirtschaft nach einer umfassenden Steuerreform, um die im OECD-Kreis rekordhohen Steuersätze für Körperschaften zu senken. Demokraten und Republikaner plädieren für eine solche Reform. Die Stoßrichtung ist aber eine deutlich andere. Obama und die Demokraten setzen vor allem auf mehr Umverteilung im Steuersystem und eine höhere Belastung von Besserverdienenden. Die Republikaner denken dagegen an niedrigere Sätze und eine Entlastung von Bürgern und Unternehmen, um aus der Bandbreite eines Wirtschaftswachstums um 2 Prozent in den Obama-Jahren auszubrechen.

Erwartungen etwa der Handelskammer richten sich ferner darauf, dass der Kongress Obama eine erweiterte Handelsvollmacht (TPA) erteilt, womit Handelsverträge schneller ratifiziert werden könnten. Die Regierung hofft, die Verhandlungen über das Transpazifische Handelsabkommen mit elf Staaten bald abschließen zu können. Mit der neuen Kommission der EU könnten auch die transatlantischen Freihandelsverhandlungen wieder Fahrt aufnehmen.

In der Gesundheitspolitik dringen die Republikaner und vor allem der Flügel, der der freiheitlichen Tea-Party-Bewegung nahesteht, auf eine Rücknahme der Gesundheitsreform „Obamacare“ von 2010. Die Reform sucht mehr Amerikaner in Krankenversicherungsschutz zu bringen, indem sie eine strafbewehrte Versicherungspflicht auferlegt, verbunden mit Zuschüssen für finanziell Schwächere. Es ist indes unklar, inwieweit die Republikaner die Obamacare-Reform gesetzlich einfach umkehren können. Möglich ist auf jeden Fall, weniger Geld dafür bereitzustellen.

In der Geldpolitik muss die Notenbank Federal Reserve sich auf eine härtere Zeit gefasst machen. Auch wenn die Notenbank die Anleihekäufe gerade erst eingestellt hat, beobachten die Republikaner die lockere Geldpolitik mit großem Argwohn und fürchten eine Entwertung des Dollar nach innen und nach außen. In den Reihen der Konservativen kursieren Vorschläge, die Notenbank stärker an die Kandare zu nehmen, sei es durch eine regelmäßige Überprüfung der Geldpolitik („Audit der Fed“) oder durch die Pflicht, die Zinspolitik an strenge Regeln zu binden. Misstrauen herrscht unter den Republikanern auch gegenüber der größeren Macht der Fed als Finanzaufseher, die ihr nach der Finanzkrise gesetzlich eingeräumt wurde. Zusammen mit Druck aus den Reihen der Demokraten, die Fed wegen ihrer zu laxen Aufsicht anzuprangern, kann das eine explosive politische Mischung für die Unabhängigkeit der Notenbank werden.

## EU bemängelt fehlende Reformen in Portugal

FRANKFURT/BRÜSSEL, 5. November (Reuters). Nach dem Abschied Portugals aus dem Euro-Rettungsschirm kritisieren Europäische Zentralbank (EZB) und EU-Kommission ein Erlahmen der Reformbemühungen. Der Fortschritt bei Strukturformen habe in Portugal an Schwung verloren, teilten die beiden Institutionen am Mittwoch in einer gemeinsamen Erklärung mit. In allen politischen Bereichen sei eine unregelmäßige Geschwindigkeit bei der Umsetzung der Reformen zu beobachten. Auch die Bemühungen der portugiesischen Regierung, das strukturelle Haushaltsdefizit zu reduzieren, seien erlahmt. Vertreter der Kommission und EZB hatten in den vergangenen Tagen die Entwicklung vor Ort untersucht, nachdem die Regierung in Lissabon im Mai das 78 Milliarden Euro schwere Hilfsprogramm der EU und des Internationalen Währungsfonds verlassen hatte. Portugals Wirtschaft wächst nach drei Jahren Abschwung seit dem zweiten Quartal wieder. Für dieses Jahr erwartet die EU in Portugal ein Wachstum von 0,9 Prozent.

## Wähler erhöhen Mindestlöhne

Votum in vier amerikanischen Bundesstaaten

pwe. WASHINGTON, 5. November. Die Kongresswahl in den Vereinigten Staaten belebt die Debatte über den Mindestlohn. In vier Bundesstaaten stimmten die Wähler am Dienstag für höhere Mindestlöhne. In Alaska soll der Mindestlohn bis 2016 auf 9,75 Dollar je Stunde steigen, in Nebraska auf 9 Dollar, in Süd-Dakota auf 8,5 Dollar im kommenden Jahr und in Arkansas auf 8,5 Dollar bis 2017. In den drei erstgenannten Staaten wird der Mindestlohn damit bald höher als der bundesweit festgelegte nationale Mindestlohn liegen. Dieser beträgt seit 2009 7,25 Dollar je Stunde. Vom kommenden Jahr an wird das nach der bisherigen Gesetzeslage schon in 26 Staaten und im Distrikt von Columbia, der Hauptstadt Washington, der Fall sein.

Der demokratische Präsident Barack Obama verlangt seit längerem eine Anhebung des nationalen Mindestlohns auf 10,10 Dollar (umgerechnet etwa 8 Euro) je Stunde. Für die Demokraten war die höhere Mindestlohn eines der herausra-

genden Wahlkampfthemen. Mit dem nun zur Gänze republikanisch beherrschtem Kongress hat Obamas Plan aber keine Aussicht mehr auf Erfolg. Die Republikaner fürchten, dass mit höheren Mindestlöhnen Arbeitsplätze für wenig qualifizierte Amerikaner verlorengehen. Die Demokraten loben höhere Mindestlöhne dagegen als Mittel, um die Kaufkraft der betroffenen Haushalte zu stärken. Nach einer Analyse des unabhängigen Budgetbüros des Kongresses würde ein nationaler Mindestlohn von 10,10 Dollar je Stunde rund 500 000 Arbeitsplätze kosten. Doch rund eine Million Amerikaner könnten die Armutsgrenze überwinden.

Die Ergebnisse in den vier Bundesstaaten zeigen, dass das Thema trotz des Widerstands der Republikaner in Washington virulent ist. In den vier Staaten hatten Bürgerinitiativen genügend Unterschriften gesammelt, um das Thema auf den Wahlzettel zu bringen. Zehn Staaten und die Hauptstadt Washington haben in diesem Jahr den Mindestlohn angehoben.



Regional verankert. International agierend.

Der Helaba-Konzern.

Als europäische Regionalbank setzt sich der Helaba-Konzern nachhaltig für die Entwicklung des Finanzplatzes Frankfurt und der Region ein. Dazu gehört auch die gezielte Förderung von Wirtschaft, Sport, Kultur, Bildung und Sozialwesen.

Ein Engagement, das uns zu einem starken Partner macht.

[www.helaba.de](http://www.helaba.de)

**Helaba** |

Banking auf dem Boden der Tatsachen.